

Danziger Volksstimme

Einzelnummer 180 Mk.

Bezugspreis: Durch die Post u. Austrag. 3600 M.
In Pommerellen 7000 M. poln. Anzeigen: Die-ge-
spaltene Zeile 400 M., auswärts 600 M. Die Reklama-
zeile 1600 M., auswärts 2000 M. Arbeitsmarkt
und Wohnungsanzeigen nach besonderem Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Str. 6
Postfachkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720,
für Anzeigen-Aannahme, Zeitungs-
bestellung und Drucksachen 3290.

Nr. 72

Montag, den 26. März 1923

14. Jahrg.

Die entlarzte Verschwörerpartei.

Nachdem durch das energische Eingreifen Severings die Putschpläne der Deutschvölkischen wieder einmal vereitelt worden sind, versuchen die reaktionären Verschwörer mit Hilfe der kapitalistischen Presse vom Schlage der „Danz. Neuesten Nachrichten“ die verfolgten Unschuldskammer zu spielen. In einem Telegramm an den Staatsgerichtshof haben die Abgg. Bülle, v. Graefe und Penning gegen das Verbot protestiert und eine Entscheidung des Staatsgerichtshofes über diese Frage beantragt. Weiter haben die genannten Abgeordneten beim Untersuchungsrichter in Moabit beantragt, am Montag unter Eid vernommen zu werden, damit sie, wie sie erklären, die Galtlosigkeit der gegen die Deutschvölkische Freiheitspartei erhobenen Vorwürfe restlos aufklären können. Den Vogel schießt a. Oberleutnant Rohbach ab, der durch seinen Rechtsbeistand erklären läßt, weder die Deutschvölkische Freiheitspartei noch die ihr angeschlossenen Jugendorganisationen verfolgten gewalttätige Bestrebungen, die Deutschvölkische Freiheitspartei sei lediglich eine Kampfpartei im Sinne der Sozialisten, die die Durchführung des politischen Kampfes durch Aktivismus im Rahmen der Verfassung erstrebe. Seltsam, wie launfromm man in diesen Kreisen in der Stunde der Gefahr plötzlich wird! Man liebt es sogar, sich hinter den Schutzschild der Sozialdemokratie zu verstecken! Im übrigen dementiert Rohbach alles, fast könnte man sagen, er dementiert seine eigene Existenz.

Die Untersuchung soll zunächst Aufklärung über gewisse Schriftstücke bringen, in denen sich die Bezeichnung W. R. K. findet. Die Polizei nimmt an, daß diese Bezeichnung die Abkürzung für „Wölkische Kampfrorps“ ist und daß diese Kampfkörpers sich zusammenschließen sollen aus den Turnerschaften, die wieder in kleinere Einheiten gegliedert sein sollen. Die bisher Verhafteten haben bestritten, daß ihnen diese Bezeichnung bekannt sei und haben auch in Abrede gestellt, daß die von der Deutschvölkischen Freiheitspartei gegründeten Sport- und Turnverbände den Charakter militärischer Formationen oder von Geheimverbänden hätten.

In den beiden Berliner Parlamenten hatte die Auflösung der Deutschvölkischen Freiheitspartei am Sonnabend noch ein Nachspiel. Der Preussische Landtag verwarf den Antrag der Kommunisten, der die Auflösung der bürgerlichen Selbstschutzorganisationen und die Förderung der proletarischen Abwehrformationen und ihre Ausrüstung mit Waffen verlangte. Für den ersten Teil des Antrages trat die gesamte sozialistische Linke ein, der zweite Teil wurde gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Im Reichstag verlas der Abgeordnete v. Graefe (Deutschvölkisch) eine Erklärung, in der er gegen die Aufhebung der Freiheitspartei durch den preussischen Minister Severing Einspruch erhebt, sie für unzulässig erklärt und die Reichsregierung ersucht, gegen solche Bergewaltigungen Front zu machen. Es entspann sich ein Wortgefecht mit kommunistischen Abgeordneten, die auf die Tribüne stürzten, während Parteigenossen des Redners ihm zu Hilfe eilten. Nachdem wieder Ruhe eingetreten war, beantragte Abgeordneter v. Graefe, der Präsident möge noch für nachmittags zur Aussprache über die von ihm vorgebrachten Fragen eine Sitzung anberaumen. Der Präsident lud darauf den Heftigenanschuß zu einer sofortigen Beratung ein. Abgeordneter Müller-Franken (S.) widersprach dem Antrag Graefes und beantragte Vertagung auf den 11. April. Das Haus beschloß demgemäß gegen die Stimmen der Deutschvölkischen Freiheitspartei, der Deutschnationalen und einzelner Mitglieder der Volkspartei.

Das bayerische Reaktionsnest.

Rupprecht gegen Ludendorff.

Dem „Vorwärts“ wird aus München geschrieben: Die politische Situation ist als kritisch zu bezeichnen. Nur die Uneinigkeit der beiden rechtsradikalen Machtzentren und das Fehlen einer Putschparole halten bisher den schwebenden Zustand aufrecht. Um zwei gegenläufige Persönlichkeiten, die sich zur Erreichung ihrer ehrgeizigen Ziele gegensätzlicher Prinzipien bedienen, gruppieren sich alle die größeren und kleineren Putsch- und Kampfororganisationen: Kronprinz Rupprecht gegen General Ludendorff, d. h. weiß-blau großbayerisch gegen schwarz-weiß-rot großdeutsch. Auf Seiten Rupprechts steht die stärkste Partei Bayerns, die Bayerische Volkspartei, stehen von bekannten Namen vor allem Herr v. Raab, Eicherich, Pittinger, Professor Bauer, der Bund Bayern und Reich und ein Teil der sogenannten Vereinigten Vaterländischen Verbände. General Ludendorff stützt sich dagegen auf die eigentlichen Kampfororganisationen der Nationalsozialisten, des Bundes Oberland, der Reichsflagge usw. und ist deshalb seinem Rivalen Rupprecht militärisch weit überlegen.

Die bayerische Staatsregierung steht zwischen diesen beiden Machtgruppen und ist in ihrer Wirkungsmöglichkeit sehr stark beeinträchtigt durch starke Verfechtung ihres Beamten- und Polizeiapparates mit politischen Elementen beider Kategorien. Ihr moralischer Einfluß auf den besonnenen Teil der Vaterländischen Verbände und die beträchtliche Wirkung der Anwesenheit des Reichstanzlers Cuno im Sinne der

Stärkung des Reichsgedankens in München dürfen nicht unterschätzt werden.

Die leidenschaftliche Diskussion, die die beiden Rechtsgruppen vor aller Öffentlichkeit geführt haben, hat nunmehr die Gefährlichkeit der Lage vollständig enthüllt. Ludendorff warf den Weißblauen ziemlich unverblümt; Neigung zu Landesverrat und Zusammenwirken mit den Franzosen vor und mußte sich dafür von der volksparteilichen Presse mit einer ganzen Serie von Schimpfnamen belegen lassen. Nun läßt sich auch Rupprecht durch seinen Herrn v. Soden über die schwebenden politischen Fragen vernehmen und erscheint in bengalischer Beleuchtung treudeutscher Gesinnung und heftiger Franzosenfeindschaft. Mit dieser „Reinigungsmensur“ verbindet Rupprecht jedoch noch einen Stieb auf Ludendorffs Schildknappen Hitler und Kehlender, deren Opposition gegen Cungs Politik des passiven Widerstandes in diesem Augenblick nicht gebilligt werden könne. Hitlers Programm sei ganz negativ und unter den Führern der Nationalsozialisten seien zu viele Fanatiker und ehrgeizige Leute, die hoffen, Minister zu werden, wenn Hitler aus Ruder käme. Kurz, es handle sich um Leute, denen die zur Leitung von Staatsgeschäften nötige politische Vorbereitung abgehe. Man dürfe heute um keinen Preis den Eindruck erwecken, daß Frankreich für die Bekämpfung seiner Pläne auf die inneren Parteikämpfe in Deutschland zählen dürfe. Heute handle es sich um die Existenz Deutschlands.

Ein verhafteter Heher.

Der deutschvölkische Schriftsteller Artur Dinter ist in Grafenroda in Thüringen verhaftet worden. Seine Verhaftung steht im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für die Deutschvölkische Freiheitspartei. Dinter ist als Verfasser einiger Hefromane gegen die Juden über bekannt geworden.

Die Berliner Sozialistenbesprechung.

Die Besprechung zwischen Vertretern der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der von der Pariser Sozialistenkonferenz der interalliierten Länder nach Berlin entsandten Abordnung nahm Sonnabend im Reichstagsgebäude ihren Anfang. Die Abordnung, bestehend aus den Genossen Tom Shaw (England), Vincent Aurioi und Gumbach (Frankreich), Gumpmans (Belgien) und Matteotti (Italien), erstattete Bericht über die Pariser Verhandlungen. Darauf wurden die Anschauungen der deutschen Sozialdemokratischen Partei dargelegt. Nach der allgemeinen Aussprache trat man in die Spezialdebatte ein, wobei man mit dem Reparationsproblem begann. Die Aussprache wurde am Sonntag fortgesetzt.

Die amerikanischen Reparationsvorschläge.

In der Freitag-Sitzung des Kongresses der interalliierten Handelskammern wurde durch den amerikanischen Delegierten Kent ein Antrag eingebracht, in dem zum Ausdruck kommt, daß die Welt hauptsächlich darunter leide, daß fünf wichtige Probleme ungelöst sind. Erstens die Reparationen, zweitens die interalliierten Schulden, drittens die Budgetdefizite und die kontrolllose Notentzündung, viertens die Verwirrung der internationalen Kredite und fünftens das abnorme Schwanken der Valuten. Nur wenn alle diese Uebel geheilt seien, könne das Wirtschaftsleben wieder einen Aufschwung nehmen. Kein Amerikaner würde sich einer teilweisen Annullierung der interalliierten Schulden widersetzen. Was eine deutsche Anleihe in den Vereinigten Staaten anbelange, so ist Kent der Ansicht, daß diese zugunsten der europäischen Alliierten ausgegeben werden soll, denen bereits für mehrere Jahre im voraus deutsche Reparationsraten zugute kommen sollten. Wenn Deutschland eine andere Auffassung von der Anleihe habe, so würde es schlechten Willen zeigen und alle Kredite verlieren.

Der Delegierte Kent beantragte die Einberufung einer internationalen Wirtschaftskonferenz, um alle von ihm erwähnten Probleme zu lösen. In dem gegenwärtigen Ruhezustand glaubt der Kongress keine eigentlichen Anzünchen für dessen Lösung geben zu können, doch erklärte Kent ausdrücklich, daß im gegebenen Augenblick die Regierungen, wenn sie eine Lösung wünschten, sich an die Erfahrung parlamentarischer Vermittler in den verschiedenen Ländern wenden könnten. Die internationalen Handelskammern erklärten sich bereit, den interessierten Völkern die Unterstützung zu geben, die sie wünschen könnten.

Im Namen der Franzosen erklärte De Bine, daß die französische Abordnung ursprünglich gegen die amerikanischen Anträge Bedenken hatten, weil Frankreich im Begriff stehe, eine Aktion in der Reparation durchzuführen. Aber nach einer neuen Prüfung der amerikanischen Vorschläge bereitete sich den Franzosen Vergnügen, diesen zuzustimmen. Auch der belgische, holländische, schwedische und englische Delegierte drückten ihre Zustimmung zu dem amerikanischen Antrag aus, worauf dieser einstimmig angenommen wurde.

Der schmachvollste Abschnitt in Europas Geschichte.

Die folgenden Auszüge entnehmen wir den Veröffentlichungen des früheren italienischen Ministerpräsidenten Francesco Nitti, der in der Frankfurter Sozialdruckerei zwei Schriften: „Das trieblose Europa“ und „Der Niedergang Europas“ hat erscheinen lassen:

Deutschland hatte im Rheingebiet, seiner wichtigsten Militärgeme, zur Zeit seiner höchsten Machtentfaltung etwa 70 000 Mann stehen, die auf 23 Standorte verteilt waren. Das Besatzungsheer betrug bereits am 1. Dezember 1921 nicht weniger als 180 000 Mann, auf 229 Standorte verteilt. Da es an Kasernen und Wohnräumen für solche Massen natürlich fehlte, hat man eine große Zahl von Privathäusern beschlagnahmt: im Dezember 1921 waren es 9700 Wohnungen mit 88 000 Zimmern und 13 000 Wohngelegenheiten zu je einem Zimmer, im ganzen also 61 000 Zimmer, die von Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften oft in brutaler Weise beschlagnahmt wurden. Außerdem wurden über 60 Schulen, die 16 450 Schülern Unterkunft gewährt hatten, und ebenso 28 Theater und 51 Lichtspieltheater im Dienste des Besatzungsheeres enteignet. Zu demselben Zwecke sind landwirtschaftliche Anwesen mit einem Flächeninhalt von 240 Hektar sowie 187 Industrieanlagen dem Betriebe entzogen worden. Vor dem Kriege hatte Deutschland in der ganzen Zone neun Luftschiffahrtsanlagen; heute, da Deutschland unterhandelt ist, Krieg zu führen, sind für die Besatzungstruppen dort 24 neue Anlagen geschaffen worden, wodurch 1305 Hektar des besten Bodens der Bedienung entzogen worden sind; und zu den neuen Schieß- und Wandergeländen, die Deutschland dort hatte, sind 17 neue derartige Anlagen hinzugekommen in der Ausdehnung von 3219 Hektar teils besten Ackerbodens. Die französischen und belgischen Truppen haben die Bevölkerung fast ausnahmslos wie die Eingeborenen außereuropäischer Kolonien behandelt. Deutsche Frauen sind dienstlich angefordert und die Gemeinden zur Errichtung und zum Unterhalt von Bordellen gezwungen worden.

Generale, Offiziere und Soldaten haben sich Gehälter und Löhne zahlen lassen, die das Vielfache ihrer heimischen Bezüge darstellten. Die Offiziere bestanden auf Luxuswohnungen und Autos mit Luxusmöbels an Orien, wo kaum an Wohnungen genug war. Das schlimmste Beispiel hat die Rheinlandkommission gegeben, die aus vier Mitglieder bestehen sollte und in der Tat bis zu 1500 Personen zählte, davon 75 Delegierte, die Wohnung und Verpflegung eines Brigadegenerals beanspruchten. Die Wohnungsvermittlung des Präsidenten der Rheinlandkommission im Belast des Oberpräsidenten in Koblenz erforderte die Summe von 1 1/2 Millionen Mark, und ein Leppich, der auf mehr als eine halbe Million geschätzt war, kostete bloß an Unterhaltung 25 000 Mark. Mit den französischen und belgischen Offizieren kamen nur die Familien, sondern oft genug auch ihre Verwandten, Freunde und zuweilen selbst Fremde, so daß die Zahl der sogenannten „Familienwohnungen“ stetig zunahm. Das Rheinland befindet sich in militärischer Sklaverei, unter der Herrschaft einer interalliierten Kommission, die den beherrschbaren Begriff der „Sicherheit des Besatzungsheeres“ zum gesetzlichen Vorwand jeder Art von Willkür mißbraucht, wie z. B. Zensur der Presse, Verbot von Versammlungen, Ausweisung ruhiger Bürger usw.

Man kann sagen, daß zwei Drittel der gesamten Reichseinnahmen für 1923 zur Ausführung des Friedensvertrages verwendet werden; und diese Einnahmen waren auf 182 1/2 Milliarden Papiermark vorgegeben. Alle anderen Kommissionen treiben es mehr oder weniger ebenso wie die Rheinlandkommission. Ein Mitglied der Kontrollkommission z. B. beanspruchte eine Wohnung von 17 Zimmern mit entsprechender Einrichtung, außerdem 23 Schlafzimmer für Geselle und Familienangehörige. Mit den Ausgaben für das Besatzungsheer hätte man bereits die verarmtesten Gebiete Frankreichs wieder aufbauen können; aber man will lieber diese Gebiete veröden lassen, als auf den Plan verzichten, Deutschland auf diese Weise zu erstickern und in Abhängigkeit zu halten.

Die Offiziere verteilten sich bei der Auswahl ihrer luxuriösen Wohnungsverrichtungen oft auf ästhetische Fragen, so daß eine bloße Baune dieser Art genügte, die ganze Einrichtung neu anzuordnen zu lassen; tolle und unter jedem Gesichtspunkt unmoralische Verschwendung, ein Lohn auf alle Menschlichkeiten und Gerechtigkeit. Ich habe öfters bei Zusammenkünften mit Alliierten auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Besatzungstruppen und im besonderen die Ausgaben einzuschränken; aber gegenüber dem Wille der Vier und der Gewalt, von dem ihre Vertreter besessen waren, waren die Regierungen so gut wie ohnmächtig. Lord Remont sagte von den Kommissionen in D. sprechend, in der Kammer der Lords, daß der Anblick dieser Kommissionen, die sich inmitten eines sterbenden Volkes dem maßlosen Luxus überlassen, das widerwärtigste und erbärmlichste Schauspiel sei, das man sich denken könne. Schmerzlicherweise jedoch wird dieser Ekel nur von wenigen allerersten Geistes mit empfunden; denn der moralische Niedergang Europas ist so groß, daß nichts mehr Ekel erregt.

Das Ungeheuerliche ist aber die Einföhrung farbiger Truppen gewesen. Im März 1921 waren es noch immer 55 000 Farbige, ausschließlich aus französischen Kolonien: Negere aus Zentralafrika, Gelbe aus Madagaskar, Indochinesen mongolischer Rasse, Braune aus Nordafrika, Araber und Rabulen. Die von ihnen besetzten Städte gehören an den fortgeschrittensten der Erde; und in diesen Städten, in denen es keinen Alphabetismus gibt, der Sinn für die Kunst am höchsten ausgebildet ist und die Meisterwerke der göttlichen Baukunst sich erheben, bauen herte Negere, die aus ihren Schammhäuten Afrikas hierher verschifft sind. In dem Land, das zugleich mit Italien die größten musikalischen Genien der Welt, von Mozart zu Beethoven, von Bach zu Wagner, geboren hat, hat man den Vorteil, Regermusik zu hören.

Alle Welt hat eine Zeitlang geglaubt, es sei Gewohnheit der deutschen Soldaten in Belgien, den Kindern die Hände abzuschneiden. Heute wissen wir alle, daß es Kinder mit abgehauenen Händen in Belgien nicht gibt und nie gegeben

Danziger Nachrichten.

Streik im Zoppoter Spielklub.

Die Angestellten der Zoppoter Anstaltsgesellschaft sind am Sonnabend abend gegen 9 Uhr geschlossen in den Streik getreten. Der Betrieb wurde darauf eingestellt, und die zahlreich anwesenden Besucher räumten nach und nach das Feld ihrer Tätigkeit. Im Streik befinden sich etwa 200 Angestellte.

Ueber die Ursachen des Streiks wird uns vom Zentralverband der Angestellten geschrieben: Die Ursache der Differenzen liegt einmal in dem Verhalten der Direktion, einen Teil der Fringe-Gelder zur Entlohnung der Vorleiter und des Personalpersonals in Anspruch zu nehmen und das bisher geltende Versehen des Klubs betreffende Mitbestimmungsrecht des Angestelltenausschusses bei Kündigungen und Entlassungen zu beschneiden. Da der Spielklub ein gesetzlich verbottener Betrieb ist und die Gerichte Klagenansprüche der Angestellten gegen die Direktion ablehnen, da die Unternehmer verbottener Betriebe nicht verklagt werden können, wären die Angestellten, wenn ihr Mitbestimmungsrecht beeinträchtigt wird, der Hilfe der Unternehmer, die beide nicht Danziger, sondern Berliner sind, ausgeliefert.

Die Entlohnung der Angestellten basierte größtenteils auf den von den Spielern freiwillig gegebenen Fringe-Geldern. Die Direktion hatte Gehaltsliste geboten, die sich pro Tag zwischen 40 und 150 Mark bewegen. Der Schlichtungsausschuss erklärte einen Spruch, der sich sowohl in der Entlohnungsfrage wie auch bezügl. der Ausübung des Mitbestimmungsrechts der Angestellten dem Standpunkt der Direktion anschloß. Die Angestellten haben diesen Schiedsspruch einstimmig abgelehnt, so daß, da die Direktion jedes Entgegenkommen ablehnte, der Kampf unvermeidlich war. Noch am Sonnabend nachmittags wurde dem Direktorium der Reichsklub der Angestellten mitgeteilt und gebeten, in neue Verhandlungen einzutreten. Dieses wurde ohne Angabe von Gründen abgelehnt, so daß abends 9 Uhr der Betrieb stillgelegt wurde.

Die Streikenden haben sich bereit erklärt, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen, wenn während der Dauer des Streiks die gesamten Einnahmen nach Abzug der laufenden Kosten dem Freiwirtschaftsverbande zugewiesen werden. Der Freiwirtschaftsverband, bekanntlich die Gemeinschaft sämtlicher Städte und Landgemeinden zum Zwecke der Verteilung der Ueberschüsse aus diesem Betriebe, erhält täglich eine größere Anzahl von Millionen Mark, die an die Gemeinden für Sozialfürsorge zur Verteilung gelangen. Bisher erhielt der Gemeindeverband 70 Prozent der Ueberschüsse. Wenn die während des Streiks ganz dem Gemeindeverband zugewiesen, wollen die Streikenden die Arbeit fortsetzen.

Die Direktion versucht nun in einer Erklärung die Schuld an den Streik von sich abzuwälzen. Sie vertritt sich hinter dem Schiedsspruch und behauptet, daß sie nie die Fringe-Gelder für sich beansprucht habe. Sie gibt jedoch selbst zu, daß sie die Fringe-Gelder auch zur Befolgung der übrigen Angestellten verwenden will, wogegen sich das technische Personal wehrt, weil es auf dem Standpunkt steht, daß diese Angestellten von der Direktion zu bezolden sind. Die Erklärung der Direktion ist also eitel Spiegelgläsererei.

Verfassungswidriges Eingreifen der Schupo.

Bemerkenswert ist die Tatsache, daß es der frühere Arbeitervertreter und Gewerkschaftssekretär, der jetzige Senator Schümmert fertiggebracht hat, obwohl der Arbeitnehmerschaft das Streikrecht in der Verfassung garantiert ist, sofort seine Schupolemente der Direktion zur Verfügung zu stellen und die Einwohnerwehr in Zoppot in Alarmzustand zu setzen. Die Einwohnerwehrleute müssen sich mit Gewehren oder Pistolen, mit Brotbeutel und Feldflaschen bereit halten, sofort eingreifen zu können. Der Betrieb selbst ist durch die Polizei besetzt, ohne daß dafür eine Ursache vorlag, da die Schließung des Betriebes durch die Angestellten in muster-gültiger Ruhe erfolgte. Auch hatte sich die Angestelltenchaft bereit erklärt, die Sicherung des Betriebes (Kassensicherung) zu übernehmen, was seitens der Direktion jedoch in brutaler Form abgelehnt wurde. Wenn es bisher nicht zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und der Angestelltenchaft gekommen ist, so ist dies einzig und allein dem muster-gültigen Verhalten der Angestelltenchaft zu verdanken. Ueber den Skandal, die Ordnungspolizei, die aus allgemeinen Stenemitteln unterhalten wird, in einem wirtschaftlichen Streik gegen Arbeiter einzusetzen, dürfte an anderer Stelle noch ein Wort zu sprechen sein. Daß es an Kleinigkeiten polizeilichen Schikanen der vorwühelminischen Zeit nicht fehle, sei nebenbei bemerkt. So wurde den Streikposten die umgehängten Schilder durch die Schupo fortgenommen.

Eine weitere Aenderung des Einkommensteuergesetzes bevor. Als Ende Februar der Volkstag beschloß, die Ermäßigungen der Steuerablässe der Geldentwertung anzunehmen, beantragte die Linke, diese ganze Arbeit zu machen und aus die 10-Prozent-Grenze entsprechend herabzusetzen. Zurzeit werden bei Einkommen bis zu 10 Millionen jährlich 10 Prozent und für die höheren Einkommen steigende Sätze als Steuer eingezogen. Diese Grenze von 10 Millionen Mark soll nun erhöht werden. Es verlangt sich, daß diese Grenze abgeleitet und sein soll. Bei der letzten Beratung der Einkommensteuer beantragte die Linke, daß die Ermäßigungen der Steuerablässe abgeleitet und nach dem Stand der Anderer herabgesetzt werden. Angeblich aus wirtschaftlichen Gründen wurde dieser Antrag abgelehnt. Bei der nächsten Beratung des Einkommensteuergesetzes wird nach dieser Frage wieder Beachtung geschenkt werden müssen.

Erweiterung des Gewerbegerichts am 1. April. Wie wir erfahren, werden die auf Grund der Novelle zum Gewerbegerichts-Gesetz vom 28. 8. 1922 neu zu bildenden Kammergerichte land- und forstwirtschaftliche Betriebe und für kommunale und Staatsbehörden, die dem Gewerbegericht für die Stadt Danzig angegliedert sind, ihre Tätigkeit am 1. April dieses Jahres aufnehmen.

Landesankunft Danziger Stadtkinder. Das städtische Jugendamt sandte 53 Knaben und Mädchen nach dem aachischen Heide N. Arone. Ein Teil der Jugendlichen war von den dortigen Pflegerinnen wieder angefordert worden. Der andere Teil hatte die Wiederaufnahme erbeten, man schreibe nach der besseren und reichlicheren Nahrung. Jedenfalls ist es erfreulich, daß Stadt und Land bereits jetzt schon im Hinblick auf die auf diesem lebensreichen Gebiete der Jugendfürsorge zusammenfinden. Im Mai erfolgen die Hauptkündigungen.

Streik in der Seid- und Manufakturindustrie. Seit Sonnabend streiken die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firmen Reichendörffler & Co., Gebr. Aronson und Danziger Textilvereinigung im Streik, weil die Arbeitgeber einen Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses ablehnen. Der Schiedsspruch erhöhte den Stundenlohn für Arbeiter von 1200 Mark auf 1400 Mark, Arbeiterinnen von 800

Mark auf 1000 Mark einen Stundenlohn von 800 Mark erhalten. Selbst diese Löhne müssen noch als Hungerlöhne bezeichnet werden, wobei noch hervorgehoben werden muß, daß die genannten Firmen durch Auslandslieferungen gewaltigen Gewinn eingesackt haben. Die Firmen erklärten sich großmütig bereit, die bisher gezahlten Löhne weiter anzuhalten und von Entlassungen abzusehen. Von dem Streik werden etwa 200 Personen betroffen. Eine Maßnahme an die Danziger Arbeiterchaft, Solidarität zu üben, ist eigentlich überflüssig, denn für einen Stundenlohn von 1200 Mark werden sich kaum Streikbrecher finden.

Die neue Schwurgerichtsperiode.

Wiederum einseitige Auswahl der Geschworenen.

Am Sonnabend fand im Schwurgerichtsgebäude des Danziger Landgerichts die Auslosung der Geschworenen für die nächste Schwurgerichtsperiode statt. Darunter befinden sich zum erstenmal weibliche Personen, und zwar sieben. Ausgelost wurden: Volkswirtschaftlicher Direktor Ed. Bölling-Al. Kleichau, Mühlenbesitzer Otto Simon-Halendorf, Gutsbesitzer Benno Ritter-Lindenau, Gutsbesitzer Alb. Neufeldt-Gr. Sejewitz, Schmiedemstr. Otto Kornowski-Gr. Mausehoff, Bäckermeister Alfr. Friedrich-Junfermann, Gutsbesitzer Rich. Geride-Meisterwalde, Gemeindevorsteher Paul Hellwig-Gr. Bänder, Kaufmann Emil Prohl-Fraust, Fabrikbesitzer Robert Drewed-Schloß Hochwasser, Maschinenfabrikant Eugen Baumann-Zoppot, Studienrat Friedr. Bote, Major Alb. Biele, Kaufmann Hugo Rahn, Lehrerin Elisabeth Jernidel, Bäckermeister Artur Bastian, Tischler Max Borchert, sämtlich aus Langfuhr, Frau Gertrud Lehmann-Neufahrwasser, Frau Marianne Steimmig, Frau Geh. Justizrat Sophie Wedekind, Frä. Helwig Ruhn, Schuhmachermeister Ed. Balke, Fabrikbesitzer Kurt Bockamp, Kunstschlosser Ernst Arndt, Aepfchlagler Konrad Böhm, Kaufmann Hermann v. Bodelmann, Tischler Paul Kubelki, Frau Witwe Berta Bähring, Frä. Edith Kulling und Baumeister Otto Besch, sämtlich aus Danzig.

Auch diese Auslosung hat wieder eine einseitige Auswahl aus den bestehenden Kreisen ergeben. Die Zahl der Geschworenen aus der werktätig schaffenden Bevölkerung ist durchaus unzulänglich. Wann wird endlich eine durchgreifende Aenderung eintreten? Für das Jahr 1923 sind drei Schwurgerichtszeiten anberaumt worden. Sie beginnen am Montag, den 9. April, den 18. Juni und den 8. Oktober.

Die „Danziger Zeitung“ in Polen verboten.

Wie die polnische Presse meldet, ist der „Danziger Zeitung“ von der polnischen Behörde das Postdebit für Polen entzogen wegen eines Artikels „Wieder ein Zwischenfall“, in dem angeblich in beleidigender Form gegen die polnische Waffemacht zu Felde gezogen wird. „Kurjer Warszawski“ nennt die „Danziger Zeitung“ das „Organ der polenfeindlichen Elemente in Danzig“.

Vortrag über den Komponisten Mendelssohn.

Dienstag, den 27. März, abends 7 Uhr, spricht Dr. Lammacher im Arbeiter-Bildungsausschuss über den obengenannten Komponisten. Dem Vortrage folgen Erläuterungen seiner Werke, gefangene und musikalische Darbietungen, u. a. eine Ouvertüre 4 händig, 2 Sätze, aus dem Violinconcert, Duette und Lieder.

Das Danziger Fischereigewerbe leidet sehr unter den hohen Zöllen, die auf Fischereiergänze liegen. In einer kleinen Anfrage wird deshalb der Senat gefragt, ob er bereit ist, bei den Zollverhandlungen mit Nachdruck darauf hinzuwirken, daß Fischereiergänze, wie Baumwolle zu Reben, Lanwerk, Korkholz, Teer Catechu usw. zollfrei oder doch zu sehr ermäßigten Zöllen eingeführt werden können.

Schieber und Zwischenhändler werden an nachstehender kleinen Anfrage an den Senat wenig Gefallen finden. Sie lautet: Seit einiger Zeit werden in fast allen Tageszeitungen in immer verstärktem Maße Lebensmittel und sonstige Bedarfsgegenstände angeboten, ohne daß die Warenbesitzer sich näher zu erkennen geben. Allem Anscheine nach handelt es sich in vielen dieser Fälle um Schieberware, deren Besitzer die Nennung ihres Namens scheuen und die ihr Gewerbe weder ordnungsmäßig angewendet haben, noch verkennen. Ist der Senat bereit, diesen ohne Namensnennung erfolgten Anwerben nachzugehen und in allen Fällen der Feststellung von Schieberwaren oder unterlassenen Gewerbeanmeldungen Strafverfahren einzuleiten, um so den rechten Handel und den Senat vor Schaden zu bewahren?

Der Höchstmaß für Marktstandsgelder beträgt nach einer Verordnung des Senats für den Quadratmeter und des Tag des Festhaltens 100 Mark.

Kleibiz- und Möbelerie dürfen laut Bekanntmachung nur bis zum 30. April gesammelt werden.

Tot aufgefunden wurde auf dem Rangierbahnhof Döberer Tor der Güterbednarbeiter Wilhelm Bedhorn aus Chra. Niederdam 8. Mit schweren Kopfverletzungen lag er zwischen dem Gleise. Wahrscheinlich ist der Verunglückte von einem Sowoeter Vorposten erfaßt und zur Seite geschleudert worden, was hat dabei den Tod erlitten.

Für unverschämte Hunde wird jetzt eine böse Zeit hereinbrechen. Eine Polizeiverordnung ordnet an, daß Hunde, die ohne Maulkorb und Steuerkarte umherlaufen, eingekerkert und nach Ablauf von drei Tagen getötet werden, wenn nicht innerhalb dieser Frist seitens der Eigentümer gegen Erlegung eines Kaugeldes und der Futter- und Aufbewahrungskosten die Einhaltung erfolgt. Das Kaugeld beträgt 500 Mark, an Aufbewahrungs- und Futterkosten sind täglich 40 Mark zu zahlen.

Polizeibericht vom 25. und 26. März. Festgenommen 61 Personen; darunter 11 wegen Diebstahls, 3 wegen Diebstahl, 2 wegen Diebstahl, 3 wegen schwerer Körperverletzung, 1 wegen Diebstahls, 1 wegen Verabreichung von Körperverletzung mit nachfolgendem Tode, 1 wegen Schlägerei, 1 wegen Brandstiftung, 3 wegen Passantenbelästigung, 2 zur Festnahme aufgegeben, 20 in Polizeihaft, 5 Obdachlose.

Abbau. Zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks Döblau ist der Revierförster R. Schmidt in Danzig auf die Dauer von 6 Jahren wiedervernannt worden.

Die langfristigen Mietverträge.

Der Senat legt nun seinen einen Bescheid über die Kündigung von langfristigen Miet- und Pachtverträgen nach Aenderung der Miet- bzw. Pachtbemessung vor. Er sieht vor, daß diejenigen Vermieter und Verpächter von Grundstücken und Grundbesitzteilen, die ihre Verträge vor dem 1. Oktober 1922 auf länger als ein Jahr oder nach einer anderen Art als dem Kalendarmodus bestimmten Zeitraum abgeschlossen und noch zu erfüllen haben, befreit sein sollen, zum Zwecke der Steigerung des Miet- oder Pachtzinses ihren Mietern oder Pächtern zu kündigen. Diese Kündigung soll jedoch nicht zur Befreiung des Vertrages führen, sondern lediglich der Festlegung einer Leistung des Mieters oder Pächters dienen, die annähernd dem wirtschaftlichen Wert gerecht wird, den die Parteien bei der Wahl der ursprünglichen Vereinbarung für die Gegenleistung im Auge gehabt haben. Diese Neuregelung soll erfolgen entweder durch eine gütliche Einigung der Parteien, oder falls eine solche nicht zustande kommt, in einem besonderen gesetzlichen Verfahren vor dem Miet- und Pachtamt bzw. einer vom Präsidium des Landtags bestimmten Kammer für Handelsfachen. Bei Verträgen, die eine Kaummiete zum Gegenstand haben, soll das Mietamt zuständig sein, bei Verträgen, die eine Kaummiete oder Flächenmiete oder Flächenpacht zum Gegenstand haben, die Kammer für Handelsfachen zuständig sein.

Für die Bemessung des neuen Zinses gibt der Entwurf in § 11 des Miet- und Pachtgesetzes dem Mieter für Handelsfachen gewisse Richtlinien, die neben einer unveränderlichen auch eine gleitende Festsetzung des Miet- oder Pachtzinses gestatten. Will ein Mieter oder Pächter den vom Miet- und Pachtamt oder von der Kammer für Handelsfachen festgesetzten Zins nicht entrichten, so läßt § 17 dem die Möglichkeit offen, das ganze Vertragsverhältnis zum Schluß des laufenden oder des folgenden Kalenderjahres fernerfalls zu kündigen, und zwar mit der Wirkung, daß das Vertragsverhältnis völlig aufgehoben wird.

Grundsätzlich geht der Entwurf von dem Gedanken aus, daß ein Vertrag in eben erst abgeschlossene Verträge vermindert werden soll. Das Kündigungsrecht wird daher erst gewährt nach Ablauf eines Jahres seit Beginn der Miet- oder Pachtzeit. Ausgeschlossen ist eine Kündigungsmodalität für diejenigen langfristigen Verträge, in denen eine gleitende Miete festgesetzt wird. Damit ferner nicht Spekulant zu ihrem Vorteil das Gesetz ausnützen, bestimmt § 2, daß die Kündigungsmodalität ausgeschlossen wird für Grundstücke, die erst nach dem 10. Januar 1920 in Besitz genommen sind.

Durch die Neufestlegung soll der Vermieter oder Verpächter keinesfalls besser gestellt werden, als er stehen würde, wenn die Reichsmark noch den gleichen Wert wie zur Zeit der Zinsbestimmung hätte.

Bemerkenswert ist, daß das Gesetz am 1. April 1923 in Kraft und mit 31. Juli 1924 außer Kraft treten soll.

Kapital und Presse.

Der bekannte Marinechriftsteller Fernus veröffentlicht in der „Weltbürger“ Erinnerungen aus seiner Journalistenzeit. Die außerordentlich drastische Schlaglichter auf die internen Verhältnisse der Presse werfen. Er erzählt, wie er eines Tages bestimmte Schiffslinien wegen mangelhafter Vorkehrungen für die Rettung von Passagieren bei Senat angegriffen hatte. „Der Chefredakteur sprach den Abzug, weil diese Schiffsahrtsgesellschaften sonst ihre Annoncen einstellen würden.“ Als bezeichnend für die Abhängigkeit der Presse berichtigt er:

„Der Verleger eines bekannten Berliner Blattes hat in seinem Arbeitszimmer eine Tafel hängen, auf der eine Kurve für jeden Monat die Veränderung der Abonnentenzahl und der Internatenaufträge angeht. Davor gibt es oft erregte Debatten mit dem Chefredakteur.“

In jeder Weise muß das Großkapital die Presse zu beeinflussen. Im Berliner Schriftstellerverein, dessen Ehrenmitglied Fernus eine Zeitlang war, herrschte Ebbel in der Kaffe. Fernus wendet sich an den Vorsitzenden Heinrich Kippler, den Chefredakteur der „Täglichen Rundschau“:

„Er versprach Rettung. Ein Herrrensches brachte sie. Zwei Brüder Mannesmann waren zufällig anwesend, und besonders Herr Reinhold Mannesmann sprach in der Diskussion überzeugend über die Bedeutung Marxismus für das Gedeihen des deutschen Volkes. Gleich am selben Abend zahlten sie einen ansehnlichen Betrag.“

Natürlich in direkte Befehdung stellen üblich. Die amtlichen Stellen zum Beispiel hatten während des Krieges eine besondere Methode, die Schriftsteller an der Stricke zu halten.

„Man schreibt ein Buch, eine Broschüre, natürlich auf Grund von Material, das einem amtlich geliefert wurde. Das Reichsmarineamt bestellte dann gleich 3000, 5000 oder mehr Exemplare. Achtung! war es bei den gedruckten Zeitungschriften. Sie mußten schreiben, wie es gern gegeben wurde. Dafür erstellten sie von der großen Waffenfabrikationsfirmen ganzseitige Inserate, und obendrein wurde eine Anzahl Abonnements genommen — für Kafinos und alle möglichen Dienststellen. Niemand las sie, aber dem Verleger oder Redakteur war gedient.“

Fernus' Schilderungen liefern noch eine Fülle von Material, die deutlich die Abhängigkeit der großen Presse von kapitalistischen Privatinteressen wie von Regierungsklienten schildern. Um so wichtiger ist es für die Arbeiterbewegung, sich ihre unabhängige Presse zu erhalten und an ihrem Ausbau unermüdet weiter zu arbeiten.

Standesamt vom 26. März 1923.

Todesfälle. Witwe Mathilde Single geb. Walden, 88 J. 5 Mon. — Witwe Wilhelmine Grill-Gewski geb. Hoffmann, 81 J. 7 Mon. — Frau Emilie Jaquet geb. Gudschas, 65 J. 9 Mon. — Eigentümer Gustav Den, 29 J. 6 Mon. — F. d. Hrn. Julius Beyer, 1 J. 8 Mon. — Kaufmann Alfred Wittenbera, fast 7 J. — Frau Auguste Wendel geb. Wenzlin, 29 J. 6 Mon. — Frau Auguste Zwickblatt, 69 J. — Witwe Mathilde Kresin geb. Kidel, 73 J. — Uebel. 1 S., 1 F.

Devisenkurse.

(Redaktion um 12 Uhr mittags.)

	26. März	24. März
1 Dollar	20 900.—	20 900.—
1 polnische Mark	0 50	0 50
1 Pfund Sterling	97 800.—	97 750.—
1 holländische Gulden	8 200.—	8 150.—
1 norwegische Krone	3 750.—	3 740.—
1 dänische Krone	3 985.—	3 980.—
1 schwedische Krone	5 550.—	5 550.—
1 Schweizer Frank	3 850.—	3 830.—

Amstliche Kursnotierungen von 24. März 1923. Donau-Geld 20 922.56, Brief 21 027.14, Kolonien-Geld 49.97, Brief 49.82; engl. Pfund: 97 755; Brief 98 245.

DANZIGER BANKEN U. TEXTILGROSSHANDEL

R. Mendelsohn & Co.
Mützenfabrik
Telefon 5965 **DANZIG** Jopengasse 4
Nur eigene Anfertigung!

Dresdner Bank in Danzig
Langermarkt 12/13

Fichtmann & Co.
DANZIG
Brothänkengasse Nr. 28
Herren- und Knabenkleiderfabrik

Anker G. m. b. H.
Woll- und Baumwollwaren in gros
Import & Export
DANZIG
Jopengasse 68 • Telefon 6809

 **Direction der Disconto-Gesellschaft**
— Filiale: Danzig, Langgasse 45 —
Depositenkasse: Langfuhr, Hauptstraße 32
Postcheckkonto Danzig 5730 = Fernspr.: 3596, 3597, 5124, 5469, 5470, 5471
Bankmäßige Geschäfte aller Art • • Kapital-Reserven: 1.200.000 Mark

Poisson & Co.
DANZIG
Brothänkengasse
Webwaren aller Art.
Telegr.-Adr.: Poisson — Telefon Nr. 5300

Jakob Pinkus
Schürzenfabrik
Langfuhr, Hauptgasse 43
Textilwaren in gros • • Herren- und Knabenkleiderfabrik

Danziger Privat-Actien-Bank
Gegr. 1856 Aktienkapital und Reserven ca. 115.000.000 Mark Gegr. 1856
Fernsprech-Anschlüsse: Nr. 5454 bis 5461
Telegraphische Privatbank
Reichsbank-Giro-Konto
Postcheck-Konten: Danzig 7471, Stettin 239
HAUPTBANK DANZIG
Depositen-Kassen: Danzig, IV. Damm 7,
Stadtgraben 13; Langfuhr, Hauptstraße 113
Neufahrwasser, Olsauer Str. 8; Zoppot, Am Markt 1

Moritz Sachs
Strumpfwaren = Trikotagen = Wollwaren
Export & Import
Fernspr. 5814 Danzig, Hauptgasse 45

D. Lewinsky G. m. b. H.
Danzig, Langer Markt 2
Mechanische Kleiderfabrik

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan
Munterechnung! Ohne Gewähr!
(B) **Danziger Vorortverkehr**
(Danzig—Neufahrwasser. Danzig—Odra—Pranst.)
Danzig Hbl.—Neufahrwasser. 212, 512 W, 512, 612 W, 612, 712 W, 812, 912, 1112, 1212,
1312, 212, 312, 412, 512, 612, 712, 812, 912, 1012, 1112, 1212.
Neufahrwasser—Danzig Hbl. 212, 412, 512 W, 612, 712 W, 712, 812 W, 912, 1012, 1204,
1212, 1312, 212, 312, 412, 512, 612, 712, 812, 912, 1012, 1112.
Danzig Hbl.—Pranst. 412, 412 W, 512, 512 W, 612, 612 W, 812, 812, 1012, 1212,
1312, 212, 312, 312 W, 512, 612, 812, 1012, 1012.
Pranst—Danzig Hbl. 412, 512 W, 612 W, 712, 712, 812 W, 912, 1012, 1012, 1212, 212,
312, 312, 412, 412 W, 612, 712, 812, 912, 1112.
Odra—Danzig Hbl. 512, 512 W, 612 W, 712, 812, 812 W, 912, 1012, 1112, 1012, 212, 312,
312, 412, 412 W, 612, 712, 812, 912, 1112.
S bedeutet: Züge verkehren nur an Sonn- und Festtagen, W bedeutet: Züge ver-
kehren nur an Werktagen, F bedeutet: Fährzug, T bedeutet: Triebwagen.

Knobloch & Rosenmann
Danzig, Töpfergasse 143
Herren- und Knabenkleiderfabrik

Meysen & Anacker
G. m. b. H.,
DANZIG
4. Damm Nr. 7 (Eingang Häkergasse)
Telefon Nr. 6036
Handelsmakler und Kommissionäre

Spitzenstrauß G. m. b. H.
Danzig, Brothänkengasse
Alleinvertrieb des Water von Gieseler Strauß & Co.
Frankfurt-Berlin
Telegr.-Adr.: Spitzenstrauß. Telefon Nr. 5300

Charlinsky, Lange & Co.
Telefon 1571 Danzig Jopengasse 68
Textilwaren, Konfektion, Wollwaren, Trikotagen
ENGROS Wäsche u. Partiewaren. EXPORT

Dempke & Siegfried
Gegr. 1905 Bankgeschäft Gegr. 1905
Danzig, Holzmarkt 15
Drahtanschrift: Detes = Fernspr. 1871, 5433, 5453

Schwarzenhaus Tschler & Co.
Holzmarkt 15
Erfahrungreiche Schreiner zu billigen Preisen.

Bankkommandite
Hugo Fechner & Co.
DANZIG
Hauptgasse 43
Telegr.-Adr.: Fechnerco = Telefon 5735, 6316

Danziger Creditanstalt Aktiengesellschaft
Langermarkt 37,38 Danzig Langermarkt 37,38
früher MEYER & GELHORN
Aktienkapital u. Reserven: 150 Millionen Reichsmark
Reichsbank-Giro-Konto: Danzig = Telefon: 3383, 3384, 3476, 3674
Postcheckkonto: Danzig 529, Stettin 529 = Telegr.-Adr.: Creditanstalt
Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte

Bank Kwilecki, Potocki i Ska
Hauptgasse Nr. 85
Gründungsjahr 1871 = Telegr.-Adr.: „Handelsbank“
Telefon Nr. 682, 3117

 **Karl Marx**
Bürobedarf
Danzig-Langfuhr
Bahnhofstr. 6 • Tel. 2523

Wechselbank
Joseph Prüfer
An- und Verkauf
von verschiedenen Devisen u. Schecks
Danzig, Jopengasse 21

Bank Przemysłowców, Oddział w Gdańsku
Langgasse 57,58
Telefon: 352, 5367, 5368, 6653, 6654 = Telegramm-Adresse: Wisiabank

Bank Hermann Pfothner, Danzig
Donauskopf Nr. 11
Kontokorrent-Geschäfte auf Aktien
Geldverleihen: 60.000.000 Mk.
Fernsprecher 6551-58
Ausführung aller Arten Bankgeschäfte.

Jarislowsky & Co., Filiale Danzig
Langgasse 48/49
Stammhaus Berlin = = = = Filialen: Kattowitz u. Beuthen
Telefon: 3376, 106, 5325, 5420, 6050 = Postcheckkonto: 7281
Ausführung sämtl. bankgeschäftlichen Transaktionen.

ZIEMSKI BANK KREDYTOWY
Holzmarkt 4 **FILIALE DANZIG** Holzmarkt 4
Fernsprecher Nr. 6922, 6923, 6924 = Telegramm-Adresse: „Ziembank“

Danziger Handels- u. Industriebank Aktiengesellschaft
DANZIG, Langgasse Nr. 69-70
Telegramm-Adresse: Handindus. Fernsprechanhänge: 5692, 5693, 5694, 5695.

Bank Związku Spolek Zarobkowych
Danzig Oddział Gdański Holzmarkt 18
Zentrale in Posen
Telegramm-Adresse: Zarobkowy = Telefon: 6106, 6267, 6268, 6269, 6270
Reichsbank-Giro-Konto = Postcheck-Konto: Danzig Nr. 1519
Filialen: Bydgoszcz, Gdansk, Katowice, Kottbus, Krasno, Lubin, New York, Paris,
Poznan, Radom, Torun, Warszawa, Zgorzelec

Commerz- und Privat-Bank
AKTIENGESELLSCHAFT
Filiale Danzig
— Breitgasse 111 —

Warschau-Danziger Bank A.-G.
Filiale Danzig
Langermarkt Nr. 14
Telefon 15-92, 24-67 = Telegr.-Adr.: „Robeco“

Bank Bydgoski, Danzig, Kohlenmarkt 12
Telefon 2263 und 5889
Oddział Gdański
Reichsbankgironkonto = Postcheckkonto Danzig 1930

Danziger Nachrichten.

Lohnabbau-Offensive der Unternehmer.

Während die Arbeitgeber in den letzten Wochen bereits eine weitere Anpassung der Löhne an die Teuerung — selbst wenn diese infolge des Nachrückens der Löhne noch so be- schränkt war — ablehnten, wollen sie jetzt sogar zu einem allgemeinen Abbau der Löhne übergehen. Es ist der bekannte glühende Wind, der uns die Möglichkeit gibt, die Pläne der Schachmacher, die das Danziger Wirtschaftsleben überhaupt in Ruhe kommen lassen, rechtzeitig der Öffentlichkeit zu übergeben. Die Vereinigung der Arbeit- geberverbände in der Freien Stadt hat an ihre korporativen Mitgliedschaften unter dem 21. März ein längeres Rund- schreiben erlassen, worin es wörtlich heißt:

Da die Teuerungszahl des Monats März (1923 84%) gegenüber der des Februar eine Verbilligung um 5,9 Pro- zent aufweist und die Verbilligung der Lebenshaltung in der zweiten Hälfte des März zu der ersten Hälfte des Monats sogar 10,5 Proz. beträgt, wird der Beginn des Abbaus der Löhne auf über ganzen Linie für erforderlich gehalten. Mit den betreffenden Arbeitnehmern-Organisationen sind schnellstens Verhandlungen wegen des Abbaus der Löhne für die Zeit vom 1. April aufzunehmen. Die Ver- ableitung der Löhne für die Jugendlichen unter 18 Jah- ren und für Frauen ist in erster Linie zu erstreben. Sollen sich hierbei Schwierigkeiten ergeben, so wird die Ver- einigung erneut die Stellung nehmen, nachdem die An- gelegenheit mit dem Geschäftsführer der Vereinigung, besprochen ist. Von dem erfolgten Abbau ist in jedem Falle der Geschäftsführung der Vereinigung unter An- gabe der bisherigen und der neu festgesetzten Löhne Mitteilung zu machen.

Die geringen Preisrückgänge einzelner Waren geben also den Industriellen den erwünschten Anlaß — einen allgemei- nen Lohnabbau zu versuchen. Sie werden sich sicherlich dar- über keiner Täuschung hingeben haben, daß die Arbeiter- schaft dagegen entschieden Front machen wird. Selbst die letzten Löhne bleiben noch immer erheblich hinter dem Teuerungszähler zurück, um so mehr, als es sich bei der hier von den Arbeitgebern mitgeteilten Teuerungszahl um die sogenannte Netto Zahl ohne die notwendigen Ausgaben für die Bekleidung usw. handelt. Diese Zahl ist erheblich höher und war der durchschnittliche Teuerungszähler einschließlich dieser Ausgaben im Februar um etwa 1000 Punkte höher. Selbst wenn auch dieser etwas zurückgegangen sein sollte, so wäre ein Lohnabbau dadurch nach keiner Richtung gerecht- fertigt, da die Löhne dem Durchschnittsteuerungszähler nicht entsprechen. Sogar kommt auch noch, daß die jetzige An- berechnung den wirklichen Verhältnissen auf dem Waren- markt nicht gerecht wird, da sie nur die Preisänderungen und nicht auch die erhebliche Qualitätsminderung der Waren ge- nügend berücksichtigt. Wenn die Arbeitgeber einwenden, daß sie auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähig seien, so hat das andere Ursachen, da die Danziger Löhne sich auch jetzt noch ganz erheblich unter dem Weltmarktniveau bewegen, 5 Dol- lar oder 1 Pfund Sterling — was ungefähr der Durch- schnittslohn eines hiesigen Arbeiters ist — erhält der ameri- kanische und englische Arbeiter pro Tag. Wenn trotz- dem unsere Industrie mit den jetzigen außerordentlich küm- merlichen Löhnen nicht konkurrieren kann, so liegt neben anderen weniger erheblichen Ursachen der Hauptgrund in der übermäßigen Gemeinkalkulation der deutschen und Danziger Unternehmer. Hier gilt es abzubauen. Die Arbeiterlöhne sind dazu in keiner Weise reif, denn auch bei ihrem jetzigen Stand geben sie nur eine äußerst notwendige Existenz. Viel- mehr läge es auch im Interesse der Unternehmer, die insän- dliche Kaufkraft, die noch weit unter dem Friedensstand steht, zu heben. Unter keinen Umständen aber kann die Arbeiterlöhne ihre Lebenshaltung noch weiter herunter- drücken lassen. Die Arbeitgeber beginnen aber erneut ein gefährliches Spiel mit dem Feuer, dessen Schaden sie im allerersten Sinne spüren werden.

Hervorzuheben ist noch die im Rundschreiben erwähnte Tatsache, daß der obige Beschluß gefaßt wurde, obwohl die fragliche Mitgliederversammlung der Arbeitgebervereini- gung sehr „mangelhaft besucht war“. Es läßt sich daraus vielleicht die Hoffnung ableiten, daß die Mehrzahl der Un- ternehmer sich zu diesem gefährlichen Spiel nicht hergeben wird.

Das inhaltsschwere Rundschreiben der Vereinigung der Arbeitgeberverbände gibt noch folgende bemerkenswerte Be- zeichnung: „Die Beschlüsse des Zusammenfassendes sämtlicher Unternehmerverbände zwecks Vorbereitung der bevorstehenden Volkstagswahlen (vergl. Rundschreiben vom 14. d. Mts. von der Arbeitsgemeinschaft für Handel, Industrie und Gewerbe) sind von den Verbänden unbedingt zu unterstützen. Doch dürfte es sich empfehlen, die Auswahl und Benennung der Kandidaten sowie die Art der Barverpflichtung von Mitteln den Verbänden allein zu überlassen.“

Es wird von verschiedenen Seiten darüber klage geführt, daß die Arbeitgeberverbände im Verwal- tungsausschuß der Ortskrankenkasse mit ge- ringen Ausnahmen bei den Sitzungen häufig fehlen. Es kommen dadurch Beschlüsse zustande, die die Interessen der schwerk- erkrankten Arbeiter schädigen. Die betreffenden Arbeitgeberverbände sind durch die Verbände auf die Bedeutung ihres Amtes für die gesamte Unternehme- rischaft hinzuweisen und zur pünktlichen Teilnahme an den Sitzungen zu veranlassen.

Durch den im Einverständnis mit der Ver- einigung und dem Senat im Sommer v. J. ab- geschlossenen Bauarbeitervertrag von dem Arbeitgeber- verband in Danzigwerbe unternommenen Versuch, leitliche Handlung heranzuziehen, sind einzelnen Firmen des Bau- gewerbes Verantwortungen in Höhe von 700 000 Mark entstan- den. Da der Arbeitgeberverband im Baugewerbe nicht in der Lage ist, von seinen Mitgliedern, die durch den Streik ganz erhebliche Verluste erlitten haben, diese Summe anzubringen, wird sie nach dem Ver- hältnis der Verteilung der Verbände an der vorjährigen Streitunterstützung umgelegt. Durch den dortigen Verband ist der Verbands (Zoll wohl beizugehen Betrag, D. Red.) von Mark (folgt Betrag) aufzubringen, welcher möglichst bald unter Mitteilung hierher auf das Konto des Arbeitgeber- verbandes für das Baugewerbe, bei der Danziger Privat- Aktien-Bank, Zaragalla 33/34, zu überweisen ist. Es wird hierauf bemerkt, daß der Arbeitgeberverband im Baugewerbe einen beträchtlichen Anteil an den Kosten übernommen hat.“

Besonders interessant ist die letzte Mitteilung. Darin wird das schon damals behauptete enge Zusammenwirken des Senats mit den Schachmachern im Baugewerbe bestätigt. Es geht nun noch, daß die Bemühungen dieser Herrschaften, auch im Volkstage größeren Einfluß zu gewinnen, Erfolg hatten. Die Arbeiterlöhne erhöht aus dieser Rührigkeit der Arbeitgeber jedoch erneut, wie notwendig es für sie ist, ihre gewerkschaftlichen und politischen Organisationen zu stärken, um bei dem sich immer mehr verschärfenden Wirtschaftskampf nicht unter die Räder zu kommen.

Das Hochhaus für Danzig. Im September 1921 und Mai 1922 brachten Danziger Zeitungen seiten- lange Beschreibungen und Zeichnungen über das große Bureau- und Börjenshaus am Neumarkt und sprachen

die Hoffnung aus, daß das im Eisenstein zu errich- tende Gebäude voraussichtlich am 1. Juli 1923 bezogen werden würde. Auf dem Bauplatz sind einzelne Bau- wunden errichtet und das Ganze mit einem hohen Bret- terzaun umgeben, allein von der Errichtung des Hoch- hauses ist nichts zu merken. Die Ausführung der Bauarbeiten ist ein eigenes Geleise, nach dem Bahnhofs Petershagen gelegt worden ist. Es verläuft nun auf das bestimmteste, daß das ganze Projekt in- folge der großen Geldentwertung und anderer Um- stände zu Wasser geworden sei und der Bauzaun abge- brochen werden solle. Die Bürger der Stadt Danzig haben allen Anlaß, über den gegenwärtigen Stand dieses Bauplanes näheres zu erfahren. Trägerin des Unternehmens ist die vormalige Lebensversicherung- gesellschaft Westpreußen, die 1919 nach Bildung der Freien Stadt Danzig eine Danziger Körperschaft des öffentlichen Rechts geworden ist. Öffentlich werden sich über die ganze Angelegenheit die maßgebenden Stellen alsbald äußern. Der Bauplatz darf nicht länger für den Verkehr abgesperrt werden, falls er nicht für den Bau des Hochhauses benutzt werden sollte.

Freie Bahn dem Fleischwucher!

Dem Fleischermeister Otto Schulz aus Emsau war durch einen Beschluß des Kreisratschusses des Kreises Dan-ziger Höhe vom 8. Februar 1923 der Handel mit Fleisch und Vieh verboten worden. Unterlag war ihm auch, den Fleisch- und Viehhandel von vorgezogenen Personen betreiben zu lassen. Diese Maßnahme erfolgte auf Grund der Bekanntmachung zur Fernhaltung unauver- lässiger Personen vom Handel. Dieser Beschluß wurde damals allgemein begrüßt, zumal an seine Geschäfts- freunde das gleiche Verbot erging. Schulz, Schelke und Konhonen bildeten den berührigten Ring der Groß- fleischer, der zum weitaus größten Teil die Schuld an der maßlosen Steigerung der Fleischpreise trägt. Daß die Großfleischer dabei Mitteln verdienen, ist selbstverständ- lich. Der Unwille über das gefährliche Erleben dieser wü- tigen Preitanwälter wurde immer stärker, so daß schließlich auch der Staatsanwalt eingriff. In der ersten Verhandlung wurden Schulz, Schelke und noch zwei Angehörige die- ser Partei zu je 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Das Ver- urteilungsgericht erkannte dagegen nur auf eine lächerlich ge- ringe Geldstrafe. Bei einem schweren Sektalage wurde der Sieg aber die Freitagsstunde geblühend gefeiert. Ein bitterer Tropfen fiel dann in den Freudenbecher, als das Han- delsverbot erfolgte. Die Beschränkung und die Kleinflächiger atmeten erleichtert auf, als diesen Herren das Handwerk ge- legt wurde. Und nun, in einer Zeit, wo der Senat einen Gesetzesentwurf zur verstärkten Bekämpfung des Wuchers dem Volkstag vorlegt und der Landrat des Kreises Danziger Niederung in seinem Amtsblatt an auffälliger Stelle die ihm unterstellten Drauge dringend anweist, überall da, wo die Annahme wucherischer Preisforderung anerkannt ist, sofort Ermä- telungen anzustellen, beschließt der Kreisrat des Kreises Danziger Höhe, das Handelsverbot gegen Schulz aufzuheben! Erkennt fragt sich jeder, wie das möglich ist. Die Aufhebung des Verbots steht wahrscheinlich mit dem Plan des Senats, den Viehhandel zu konzeptionieren, im Zusammenhang. Man will Schulz die Möglichkeit geben, als staatlich konzeptionierter Viehhändler sein Treiben fort- setzen zu können. Wir erwarten vom Senat auf das be- stimmteste, daß er diesen anderen Plan verhindert.

Für die Ruhrhilfe.

Beim Allgemeinen Gewerkschaftsbund der Freien Stadt Danzig sind bis zum 21. März folgende weitere Beträge für die Ruhrhilfe eingelaufen:

Verband der Steinarbeiter	5 200 Mk.
Verband der Zimmerer, 3. Rate	64 614 "
Verband der Fabrikarbeiter, 2. Rate	164 901 "
Verb. der Bekleidungsarbeiter, 2. Rate	9 240 "
Verband der Buchdrucker, 2. Rate	35 300 "
Verband der Eisenbahner	14 215 "
Steinflechter-Genossenschaft	10 000 "
Durch Reichsbank von Ungenannt	10 000 "
Bereits quittiert in der „Volksstimme“	2 664 841 "

Summa: 2 978 311 Mk.

Gewerkschaftskollegen! Gedenkt der Not und der Unterdrückung unserer Volksgenossen im Ruhrgebiet. Hebt Solidarität und sammelt für dieselben, soweit in Euren Kräften steht!

Allg. Gewerkschaftsbund der Freien Stadt Danzig.
J. A. P. R. I. o. s. k. i.

Kompositionenabend 5. Mackenroth.

Der junge Danziger Komponist Hans Mackenroth, der nach den ersten Proben seiner Kunst vor mehr als Jahresfrist die durchaus berechnete Aufmerksamkeit weiterer musikalischer Kreise auf sich gelenkt hatte, trat am Sonnabend an der Spitze des Stadttheater-Orchesters mit eigenen Werken hervor, um den Beweis seines sorgfältigen Könnens zu erbringen. In unserem Sinn ist ihm das auch auf seine künstlerische Mission be- züglichen Offen haben wir erhebt die Pflicht, alle Kräfte zu sammeln und sie zu stützen und zu fördern, wo es nur irgend im Nachbereich liegt. Es ist selbstverständlich, daß solche Förderung vor allem auch darin besteht, es einem produktiven Menschen mit der gleichen Ehrlichkeit anzuzureden, wenn das Wollen noch in keinem Verhältnis zum Vollbrin- gen steht. Und so liegt leider vorläufig noch der Fall bei Mackenroth. Was vorgestern zu Gehör kam, war ausnahms- los nur Welken, zum Teil bewußtes und gar nicht zu ver- kennendes hartes Wollen. Das ist um so erkennbarer, als Mackenroths Begabung allen, die sich durch noch so starke und hier geradezu verwirrende Vorbergnungsarbeiten nicht lä- tigen lassen, unverkennbar ist. Er ist einer jener jungen Bildlinge, die unbedeutend von Zivilisation und fast besten- von Kunst darzutun los komponieren und dann Dinge zum Vor- schein bringen, die in ihrer chaotischen Masse, ihrer rohen und schmerzhaft dilettantischen Ausdrucks- und Gestaltungsfarm mit Kunst in höherem Sinne nahezu noch nichts gemein haben. In Mackenroths Künstlerblut — und er hat es ganz unzweifelhaft — treibt noch derartige viel Taus, daß er nur allem Zeit braucht, viel Zeit. Zum Sichbestimmen, zum Sichauswählen, zum Sichverleiden, zum Sichprüfen und vor allem — zum Studium. Auf die einzelnen Kompositionen einzugehen, wäre fälschliche Arbeit am fallenden Misset. Es gab da eine ältere Märchenphantasie — die an dieser Stelle vor- gelegene Symphonie war nicht fertig geworden! — und eine Symphonische Dichtung „Totengruß“, die noch so festliche sind, daß man hohlt und mit viel Liebe aufpassen muß, um darin die Goldader zu finden. Dennoch war das Konzert kein verlorenes Wert. Und wenn Mackenroth der Künstler ist, den wir von ihm erwarten, so wird er noch diesem eigenem Orchesterabend erkannt haben, was ihm fehlt, und daß es

nach sehr viel ist, was ihm fehlt. Für einen das recht kom- plexe, schwierige, das die Zivilisation unumgänglich braucht, um als Kunstwerk zu bestehen zu können. Es kann, daß er jetzt einen Gedanken muß alles aufzugeben, fast ihn eingepreissen hinsturzen; einen Menschen, der nur wachen zu lassen zum Werke, das aus ihm und ihm selbst und vor allem das Meistende auch das erkannt, daß ein Orchester kein Spielzeug ist. Er hatte nun das große Glück, einen Anwalt in der Hand zu haben, der ihm gewis- sen ließ und von selbst spielte, so daß Mackenroth als Dir- gent der 11. Symphonie von Beethoven weiter seinen großen Gedanken umsetzen konnte, wenigstens in dem von mir an- gebotenen 1. Satz. Wie es später geworden ist, weiß ich nicht. — Diesmal jedenfalls, so und so, wars noch nicht. Also das nächste Mal. H. A. W. S. M. S. S. S. S.

Stahl aus dem Stal gestohlen. Die Arbeiter Albert Krenenberg und Franz Klobowski brachen gemeinsam nachts im September in Müggendorf bei einem Besitzer ein und stahlen zwei Schafe aus dem Stal. Die Tiere wurden hin- ausgehrieben und dann geschlachtet. Klobowski verkaufte das Fleisch und versprach dem Krenenberg von dem Erlös 700 Mark, behielt aber das ganze Geld für sich. Das gemein- same Schöffengericht verurteilte die beiden, die vorbestraft sind, zu je 1 1/2 Jahren Zuchthaus wegen Einbruchdiebstahls. Strafanktionen dürfen nach dem am 21. März 1923 vom Volkstage verabschiedeten Gesetz nur von Personen vorgenommen werden, die im Besitz einer Konzession sind. Diese darf nur verlegt werden: 1. wenn Laichden vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit des Nachsuchenden in Beziehung auf die Ausführung des Auktionsgeschäftes in Strafverfahren burtun oder 2. wenn ein vorhandenes Bedürfnis zur Ertei- lung der nachgesuchten Konzession nicht nachgewiesen ist.

Aus dem Ofen.

Königsberg. Paralytische Entkräftungen wer- den seit einiger Zeit gemeldet. Die Entkräftungen verhalten sich über die ganze Stadt.

Königsberg. Zwei Frauen an Alkoholvergift- ung gestorben. Am 18. März sterben eine Familie Kimm Schmidt, waren auch eine Familie Sattler und eine Frau Dierke teilnahmen. Die Witwe wurde u. a. mit Schwarz bewahrt, der von Frau Kimm selbst aus Spiritus hergestellt worden war, den ihr Sohn aus den Labormerken mitgebracht hatte. Nach dem Genieß des Schnaps erkrank- ten die beiden Frauen und starben bereits am anderen Tage. — Der Polizeiwachtmeister Kähler, der gelegentlich eines Wortwechsels mit seiner Frau angegriffen ge- sehen ist mit einem Dienstrevolver einen Schuß in den Unterleib erhalten hatte, ist am 22. März vorantags im Krankenhaus an der erlittenen Verletzung erstarben.

Stettin. Arbeitsbeschränkungen in der Industrie. In Ueckermünde wie in Langelan ar- beiten mehrere Eisengießereien nur noch einige Tage in der Woche, andere haben ihre Arbeit vollkommen eingestellt, ähnlich ist es auch im Ziegeleigewerbe.

Verammlungs-Anzeiger

- Stadtverordnetenfraktion der S.P.D. Heute, Montag, abends 7 Uhr, im Volkstag: Sitzung.
- Allgemeiner Gewerkschaftsbund der Freien Stadt Danzig. Montag, den 26. März, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschafts- haus, Döbelnplatz 1/2, Zimmer 70: Delegiertenversamm- lung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Jen. 2. Stellungnahme zur Raiffeisen. (9159)
- Metallarbeiter-Verband. Bezirksausläute der Firmen Gott u. Co., Dehan A. G., Bahn u. Nickel, Gussman u. Co. Montag, d. 26. März, 4 Uhr, bei Kammisch, Schwelbenstraße: Wichtige Versammlung, Zarisch und Lohstagen. — Be- triebsräte der Metallindustrie. Dienstag, den 27. März, 6 1/2 Uhr, Döbelnplatz 1/2, Zimmer 70: Wichtige Ver- sammlung. (9176)
- Jungsozialistischer Danzig. Dienstag, den 27. März, abends 7 Uhr, Vortrag des Gen. Dr. Grünher im Heim.
- Deutscher Tabakarbeiterverband. Versammlung aller Ar- beitslosen und noch beschäftigten Kurzarbeiter und Arbeit- lerinnen der Zigarettenindustrie in Danzig, am Dienstag, den 27. März, nachm. 4 Uhr, bei Beuter, Schäffeldamm 38.
- Deutscher Metallarbeiter-Verband. Bezirksausläute der Elektromonteur, Klempner und Heizung-Zubehöler. Mittwoch, 6 1/2, Döbelnplatz, Zimmer 70: Versammlung.
- Gesamtwerein „Vierteltafel“, Dhrs. Am Donnerstag, den 29. März, abends 7 1/2 Uhr in der Offbahn: Gemeinsame Uebungsstunde beider Chöre, Einführung des neuen Dirigenten. (9206)
- Deutscher Metallarbeiter-Verband. Generalversammlung am Sonnabend, den 14. April, abends 6 Uhr, bei Stepmann, Karlsruher Straße. (9157)

Wasserstandsnotizen am 26. März 1923.

	23.3	24.3	Aurgedack	+ 2,96	+ 2,86
Zawischost	+ 1,73	+ 1,66	Montaurepsipe	+ 2,78	+ 2,64
	23.3	24.3	Dielhel	+ 2,88	+ 2,70
Wartjan	+ 2,00	+ 1,91	Dirkhan	+ 3,15	+ 3,00
	23.3	24.3	Einlage	+ 2,84	+ 2,64
Mosk	+ 1,97	+ 1,90	Schleusenbock	+ 2,52	+ 2,50
	25.3	26.3	Rogat:		
Thorn	+ 2,42	+ 2,35	Schwan D. P.	+ 6,68	+ 6,70
Fordon	+ 2,42	+ 2,34	Galgenberg D. P.	+ 4,62	+ 4,61
Calum	+ 2,38	+ 2,31	Reuberbock	+	+
Grubenz	+ 2,62	+ 2,55	Amoghs	+	+

Verantwortlich: für Politik Ernst Soops, für Dan- ziger Nachrichten und den übrigen Teil Friedrich Weber, für Juristen Anton Pohlen, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von J. Gehl & Co., Danzig.

Leere Heringstommen

gut erhalten, mit Boden u. Deckel versehen, kaufen zu den höchsten Tagespreisen

Mix & Lück, Strohdick

Ankauf

zu höchsten Tagespreisen von Flaschen, Papier, Alteisen Lumpen, Knochen usw. Carl Danziger & Co., Nickerstraße 24.

Stadtheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.
Heute, Montag, den 26. März, abends 7 Uhr:
Dauerkarten D 2. Zum 1. Male.

Der kühne Schwimmer

Schwank in drei Akten von Franz Arnold und Ernst Bach. Szenische Leitung: Helmut Brede. Inspektion: Emil Werner.

Otto Heberlein Erich Sternack
Mäthe, seine Tochter Erna Friederichs
Franz Gabriele Degenhardt Frieda Regnald
Annemarie, ihre Tochter Karin Heine
Fritz Reubauer, Ingenieur Reginald Pale
Dr. phil. Waldemar Möbius Hans Böhm
Lover Aragenträger Ferdinand Neuert
Baumeister Eggbrecht Helmut Brede
Professor Wernicke Fritz Blumhof
Archibald, Lehnknecht Gustav Koeb
Hummel, Rademeister Axel Audihög
Therese, Wirtshauskellnerin bei Heberlein Joh. Drost-Galetzki
Emma, Stubenmädchen bei Heberlein Setty Rangel

Ort der Handlung: Eine größere Provinzstadt.
Zeit: Gegenwart.
Anfang 7 Uhr. Ende 9 1/2 Uhr.

Dienstag, den 27. März, abends 7 Uhr: Dauerkarten E 2. „Carmen“. Große Oper.
Mittwoch, den 28. März, abends 7 Uhr: Dauerkarten A 1. „Hiesland“. Lustspiel.

Wilhelm-Theater

Monat März
Abendliche 7 1/2 Uhr
das Sensationsbild

8 Jahre in der Fremdelegation 8 Jahre

Neu! mit neuer, melodramatischer Schluß-Apotheose Neu!

Friedericus Rex!

Außerdem das neue Märzprogramm:

?? ? Kio ? ? ?
der Todeswärtel

Paetgolds komischer Radfahr-Akt
Lachen ohne Ende!

Chitta und Rolf Vollen
mondänes Tanzduo.

Vorverkauf bei Gebr. Freymann, Sonntags Theaterkasse 11-1 Uhr

Libelle:
dieses Programm! Neue Kapelle!

Steffens - Münsterberg - Jugendhaus

Die Stelle des **Verwalters**

ist neu zu belegen. Möglich baldiger Dienstantritt erwünscht. Bezahlung nach Gruppe VI des Angestelltenvertrags.

Bewerbungen bis zum 4. April an das Städt. Jugendhaus, hier, Mischenkaferne.

Kleine Anzeigen

in unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.

Trauring-Vertrieb

Günstiges Angebot für die Leser dieser Zeitung

I. Infolge des Dollarsturzes habe ich die Preise für Verlobungsringe entsprechend herabgesetzt.
II. Sehr preiswert, da ich das Gold direkt aus Privatland ohne Zwischenhandel bezahle. Auskunft wird gerne, auch telefonisch erteilt.

Felix Lenz

Schmiedegasse 18. — Telefon 8870.

Achtung!

Delik. Leberwurst in Dosen a 2 Pfd. 4000 ZR.
Feinster Gulack in Dosen a 2 Pfd. 4000 ZR.
Solange der Vorrat reicht.
J. Cohn, Schmiedeg. 18.

Verkauf zu originalen Preisen in sämtlich. Geschäft der Konsum- und Spargenossenschaft.

Nählerin

zum Zuschnitt von Wäsche gesucht. Off. u. V. 1317 a. d. Exp. d. Volksstimme. (9170)

Kasinobesucher!

Während des Streiks der Angestellten-schaft findet die

Einlösung von Jetons (Spielmarken) in der Hauptkasse des Kasino (Verwaltungsräume 3. Etage) vormittags von 10 bis 1 Uhr statt.

Kasino Zoppot

Zum Osterfeste

Elegante Cutaway-Hosen 15 000
gestreift 33 000, 25 000, 18 000, u. h.

Elegante Herren-Anzüge 85 000
in farbig und blau . . . 150 000, 135 000, 115 000, 100 000,

Rocheleg. Herren-Anzüge 150 000
Ersatz für Maßarbeit, in blau und farbig, hell, in den neuesten Fassons (auf Taille) 195 000, 175 000,

Teilzahlung gestattet
Bequeme An- und Abzahlung

Schlüpfer u. Gummimäntel 75 000
160 000, 135 000, 120 000, 95 000,

Jünglings- und Einsegnungs-Anzüge 55 000
in reichhaltiger Auswahl 125 000, 105 000, 85 000, 60 000,

Reichhaltiges Lager in Knaben-Anzügen 16 000
45 000, 42 000, 36 000, 28 000, 22 000,

Bekleidungshaus „London“

Nur II. Damm 10, Ecke.

Das neue Zigarettensteuergesetz

hat seine Wirkung nicht verfehlt. Die Zigaretten- und Tabakpreise ziehen bereits scharf an. Ich rate daher nochmals, sich schnellmöglichst noch einzudecken. Um einem jeden hierzu Gelegenheit zu geben, habe ich für ganz kurze Zeit meine Preise zum Teil unter Fabrikpreis gesetzt, z. B.:

Tabake

Holländer 750 M., bei 10 Pack 725 M.
Ambrosia 450 M., bei 10 Pack 420 M.
Russentabak 750 M., bei 10 Pack 700 M.
Zigarettenabak, tadelloser hellgelber Ware, 100 gr 650 M., bei 10 Pack 600 M.
Amerik. Beuteltabak 350 M., bei 10 Pack 325 M.
Loser Tabak, garantiert rein, 100 gr von 200 M. an usw.

Zigaretten

St. von 12 M. an, bei 100 St. bedeutend billiger

Zigarren

garantiert rein Uebersee, von 80 M. an.

Beachten Sie meine Schaufensterpreise, ich unterbiete jede Konkurrenz

Tabakwaren - Grosshandlung Haustor 2
Ecke Altstadt. Graben.

Chaiselongue

zu kaufen gesucht. Ang. unter 1321 an die Exped.

Gedania-Theater

Schüsselndamm 53/55 9155

Achtung! Heute! 3 Schlager!!!

1. Der große amerik. Zirkus-Sensations-Film

„ZIRKUS GRAY“

in 6 Episoden 36 Akten.
III. Episode: Von Feinden umringt!
in 6 groß. Akt. In der Hauptrolle: Eddie Polo

2. „Der große Dieb“
Filmspiel in 5 großen, spannenden Akten.

3. „Freddy's kleine Säge“
Amerikanische Groteske in 2 Akten.
Stürmischer Lacherfolg!
Eintrittspreis: 800 bis 1500 Mark.
Beginn der letzten Vorstellung 9 Uhr.

Schwarzer Gehrock-Anzug
auf Seide, Friedensware, zu verkaufen. 160 000 Mk.
Wannow, Schilling, Oberstr. 46. (+)

Zwei Arbeitspferde
verkauft, weil überzählig
Mix & Lück
Strobedeich 9203

Plätterin
für dauernd gesucht.
Schilling, Karthäuserstr. 99

Schuhe werden gut u. billig besetzt u. repariert.
Adamczewski, Schilling 7 b. (9180)

Unverh. Gewerkschaftsbeamter sucht für sofort möbl. Zimmer.
Angeb. unt. V. 1320 an d. Exped. d. Volksstimme. (+)

Junges bef. Ehep. sucht möbl. Zimmer mit Küchenbenutzung von 1. 4., auch in Langfuhr. Eig. Betten, Wäsche, Geschirr. Zeitgemäße Miete. Angeb. unt. V. 1309 an d. Exped. d. Volksstimme. (+)

Jung verh. mittl. Beamter f. in Danzig od. Langfuhr 1-2 möbl. Zimmer mit Küchenbenutzung bei zeitgem. Bez. Angeb. unt. V. 1315 erbeten. (+)

St. Fuhrer, Umzüge und Arbeiten führt aus Langgart 9, Hof 2 Tr. r. (+)

Zur Aufklärung!

Nachdem die Verhandlungen zwecks Abschluß eines neuen Tarifvertrages zwischen Direktion und Angestellten-schaft des Kasinos zu einem Ergebnis nicht geführt hatten, hat als tarifliche Instanz der **Schlichtungsausschuß** in Danzig einen **Schiedsspruch** gefällt.

Die Angestellten-schaft hat den Schiedsspruch nicht angenommen, ist vielmehr am 24. d. Mts. abends in den Streik getreten unter **Verletzung der gewerkschaftlichen Grundsätze vor Ablauf der Erklärungsfrist** an den Schlichtungsausschuß.

Die Angestellten-schaft hat ein Flugblatt mit folgendem Inhalt verteilen lassen:

„Die Angestellten im Kurkasinostreik, da die Direktion die Trinkgelder zur Bezahlung der Gehälter für sich beansprucht.“

Diese Behauptung ist unrichtig.

Die Direktion hat niemals im Tarifvertragsverhandlung ein derartiges Verlangen geäußert. Auch der Schiedsspruch hat entschieden, daß die Trinkgelder **restlos** den Angestellten zufließen sollen.

Kasino Zoppot.